

Informationsgesellschaft: Rahmen ohne Bedingungen oder umgekehrt?

Dieter Klumpp

In: Klumpp, D./ Kubicek, H./ Roßnagel, A./ Schulz, W. (Hrsg.), Medien, Ordnung und Innovation, Heidelberg 2006, S.95-105

Eine neue intellektuelle Bequemlichkeit hat sich breit gemacht in der Akteursarena Deutschland, wenn es um die Informationsgesellschaft geht: Entweder wird die seit 30 Jahren währende Diskussion als im Grunde abgeschlossen betrachtet, weil die elektronische Information auch im letzten Winkel der Gesellschaft angekommen ist oder aber es wird das Ziel einer Informationsgesellschaft unverdrossen als weiterhin gültig angesehen, weil die „Information“ (auch nicht im Aggregatzustand des „Wissens“) noch längst nicht den Enkulturations-Stellenwert hat, der ihr im Sinne des Wortes seit Jahrzehnten zugeschrieben wird. Bequem sind beide pragmatischen Positionen, weil sie gleichermaßen in das Prokrustesbett der Tagesroutinen passen. Und beide Tagesroutinen enthalten die Abgeklärtheit („Illusionslosigkeit“) als Alternative zur unbequemen und freizeitschädlichen Aktivität, sie implizieren das Warten auf „morgen“ oder gar auf das „nächste Frühjahr“. Kein Handlungsbedarf, nirgends.

Auch das in Deutschland immer wieder gern verwendete letzte Aufputzmittel, nämlich der vergleichende Blick auf die anderen großen Industrienationen, allesamt globale Freunde und Partner, die man deswegen tunlichst nicht als Wohlstandskonkurrenten betrachtet, hat seine Wirkung verloren. Zwar ist inzwischen in fast allen diesen Ländern – und es sind doch auch eher „alternde“ Gesellschaften? – das Thema Informationsgesellschaft nachhaltig auf der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Agenda institutionalisiert, aber dies kann aus deutscher Sicht bequem wegerklärt werden und verliert damit jegliche Aufputzwirkung. Dass der Takt in der Halbleiter- und Nanotechnik, aber auch in der Medien-Contentbranche wie der Netz-Software in den USA geschlagen wird? Das war doch schon immer so. Dass Großbritannien schon in den Neunzigern Arbeitsplätze von den alten in die neuen Industrien verlagert hat? Das werden wir dann auch tun, wenn die alten Arbeitsplätze (etwa in der Automobilindustrie) wirklich wegrutschen. Dass Irland eine wettbewerbsfähige Softwareindustrie aufgebaut hat? Das liegt nur an deren Geschick bei

der Akquisition von EU-Fördermitteln. Dass Frankreich eine schlagkräftige Agentur für E-Government aufgebaut hat oder seinen Studierenden den „Ein-Euro-Laptop“ bietet? Das erklärt sich durch den berühmten Zentralismus der Franzosen, den wir so niemals haben werden. Dass die Schweiz respektable Universitätskapazitäten für Lehre und Forschung rund um die Informationsgesellschaft aufbaut? Prima, dann geht unser Nachwuchs nach Zürich. Dass Skandinavien - speziell Finnland auf der Basis eines „Aktionsplans“ von 1994 - innerhalb von 10 Jahren zu einem Global Player im Mobilkommunikationssektor geworden ist? Nun ja, die haben eben keine so flächendeckenden Festnetze wie wir in Deutschland, die mussten sich geradezu darauf konzentrieren.

Alle großen Industrieländer, dessen sind wir abgeklärt gewiss, mussten ja viel Neues an Südostasien abgeben, dagegen hilft sowieso nichts. Und hat es von irgendwo her spektakuläre Lösungen für die sattsam bekannten Probleme einer Informationsgesellschaft gegeben? Kein spezieller Handlungsbedarf für Deutschland drängt sich hier auf, der nicht in wenigen Sätzen wegdefiniert werden könnte. Nur in einem sind sich alle deutschen Diskutanten sicher, dass alle anderen Länder einfach „bessere Rahmenbedingungen haben“, ohne zunächst sagen zu können, was „gute“ Rahmenbedingungen denn sein könnten. Die Bindungskraft solcher Konsense darf nicht unterschätzt werden, im Wertewandel können augenscheinlich auch Nullwerte eine Rolle spielen [vgl. Greiffenhagen 2000: 25].

Selbst wenn es denn „die“ Informationsgesellschaft schon vor 2010 gibt, dann haben sich die enumerativen Hitlisten der zu lösenden Probleme längst tot gelaufen, beinhalten also keine drängenden Aufgaben mehr. Die umfassende „Erhöhung der IT-Sicherheit“ etwa, die als Forderung seit 30 Jahren mit weitem Abstand jegliche technische oder organisatorische Innovation des „Computerzeitalters“ begleitet, ist mittlerweile ein vorgestanzter Gebetszettel, den man, wenn schon nicht gleich in den Bildschirmschoner, so doch in den digitalen Zierat des jeweils ersten Powerpoint-Charts aufnehmen sollte. Umfassende Sicherheit rund um die elektronische Information ist ja bekanntlich mit *vernünftigem* Aufwand nicht zu erreichen, so dass man das Streben danach durchaus als *unvernünftig* bezeichnen darf. Denn schließlich ist noch nichts so Dramatisches (etwa ein „Daten-GAU“) passiert, was auch ohne größere Kraftanstrengung in der eingeschwungenen Alltagsroutine der ewig Gestrigen nicht korrigierbar gewesen wäre.

Und wenn es denn die Informationsgesellschaft definitiv bis 2010 noch nicht, sondern erst danach gibt, womit zum Beispiel der konferenzbe-

seelte e-Wanderzirkus Europa¹ die „ird'sche Brust unverdrossen im Morgenrot“ badet, dann muss es ja *vernünftiger* Weise irgendwann zur Lösung all der Probleme kommen, die den zahllosen Chancen (auf Freiheit, auf Wachstum, auf Glückseligkeit) immer noch im Wege stehen. Irgendwann werden die Steuerschätzungen doch irgendwie erlauben, neben all den sichtbaren Altlasten auch die absehbaren Neulasten zu schultern. Die Hoffnung, dass das Kurzfristenken, auf das mittlerweile nolens-volens alle gesellschaftlichen Kräfte eingeschwenkt sind, sich gewissermaßen schon mittelfristig von ganz alleine erübrigen oder wenigstens falsifizieren lassen könnte, ist Kern eines optimistischen Weltbildes. Alles andere wäre für die ewig Morgigen, für die unverdrossen Innovationsgläubigen, in ihrem ebenfalls noch behaglichen Attentismus gewiss *unvernünftig*.

Mit der mehrfachen Verwendung des Wortes „vernünftig“ steht man als aktiv teilnehmender Beobachter unversehens mitten in der geistesgeschichtlichen Aufklärung des Abendlandes, ohne dort aber den richtigen Trost zu finden. Denn schon bei Immanuel Kant folgte der Vernunft stets der *Wille*, der - aus einer *Pflicht* hergeleitet - das „Prinzip des Wollens (...) unangesehen aller Gegenstände des Begehungsvermögens“ [Kant 1964:241] beinhaltete. Im Prinzip der Aufklärung ist das saturierte „Nichts-mehr-tun-müssen“ bzw. das finanzressourcenarme „Noch-nichtstun-Können“ nun wirklich nicht explizit enthalten. Dass saturiert-alternde Gesellschaften prinzipiell auch *ohne* ein Wollen glücklich sein können, ahnen vielleicht Historiker am Beispiel zerfallender Großreiche der Antike. Für ein Nicht-Wollen hat Kant nur die „faule“ Vernunft zu bieten, nämlich „die Vernunftbemühung alsdann für vollendet anzusehen, wenn man sich ihres Gebrauchs überhebt“ [Kant 1964: 199]. Insofern ist die bestehende wie die kommende Informationsgesellschaft mit einem Grundwiderspruch belastet: Ein Leitbild Informationsgesellschaft – soll es denn explikativ oder gar gestalterisch brauchbar sein - ist unabdingbar an aktives *Wollen* gekoppelt, nicht an passives, reaktives *Warten*. Ein gesellschaftlicher Rahmen, der diese Bezeichnung verdient, baut auf solchen Grundbedingungen auf. Dies mag erklären, warum die sogenannten „jungen Nationen“ diesem Leitbild - anders als die alten Gesellschaften - folgen, kommt doch auf jeden Wissenshungrigen dort ein Wissensüberdrüssiger hierzulande. Die Aufklärung ist vorbei, hoch lebe die Abgeklärtheit?

Wenn dies so stimmt, dann muss man wohl konstatieren, dass es in den alten Gesellschaften wie Deutschland keine guten Rahmenbedingungen für eine *gestaltete* Informationsgesellschaft gibt, denn Abgeklärtheit lässt sich zwar euphemistisch als Altersweisheit interpretieren, aber es mangelt ihr

¹ vgl. - A European Information Society for growth and employment vom 1. Juni 2005, wo die „Sichere Informationsgesellschaft“ für 2006 im Fokus steht.

eben nicht nur der apriorische, jugendliche Sturm und Drang, sondern gerade auch der Wille, die Aufklärung an und für sich weiter zu treiben. Am Ende – oder auch auf der Hochebene - der Aufklärungsphase stehen in einer Gesellschaft nurmehr noch sonntägliche Ruck-Reden, deren einzige direkte Wirkung eine temporäre nostalgische Glückseligkeit ist. Die Informationsgesellschaft – in Deutschland ein Fall für die Brauchtumpflege?

Die weiter führende Frage ist nun, ob damit für Deutschland das gesamte Thema Informationsgesellschaft tatsächlich im Alterspitz verschwindet. Dafür spricht, dass die junge Welt für ihre Zukunftsgestaltung auch ohne den ererbten deutschen Geist auszukommen scheint. Dagegen spricht, dass sich die Glückseligkeit und speziell der Wohlstand in Deutschland nur mit dem Abarbeiten von Tagesroutinen nicht erhalten lässt, weil dem Land dafür die - auf einem Weltmarkt als Rentensicherung nachhaltig hilfreichen - Rohstoffquellen fehlen. Ausgerechnet eine der unsäglichsten Metaphern, „ja, ein theoretischer Kalauer“ [Hack 1988:174] der politischen Diskussion der letzten Jahrzehnte, wonach der einzige vorhandene Rohstoff Deutschlands die „Information“, das „Wissen“ die „gut ausgebildeten Köpfe“ sind, zeigt auf, dass ein gar nicht so diffuser Grund für Unruhe und Handlungsbedarf besteht. Denn mit beweisunwürdiger Plausibilität kommen diejenigen Länder in Vorteil, die neben unerschöpflich erscheinenden Erdölquellen und anderen Rohstoffvorkommen auch noch das Wissen darüber aufbauen, was denn mit diesen zur Hebung des jeweiligen Volkswohlstandes (bzw. der Steigerung der Glückseligkeit der Inhaber) eines Landes anzufangen wäre.

So hat China erkennbar damit begonnen, eine führende Position im globalen Telekommunikationssektor aufzubauen, weil es sich für den chinesischen Volkswohlstand etwas davon verspricht. Für dieses Ziel setzt China erhebliche Ressourcen ein, hat bereits Heerscharen von Ingenieuren national und weltweit in der Ausbildung, und ist auch bereit, sich über ein EU-Projekt mit der „Informationsgesellschaft“ auseinander zu setzen. Zu vermuten ist, dass zu den Tausenden Spitzenkönnern in Technik und Ökonomie nur eine Handvoll um die „Rahmenbedingungen“ Wissender kommen wird, die auch erkenntnisgeleitete Grenzziehungen – etwa beim „Intellectual Property Right“ – beachten wollen. Hierzulande wird in der Tradition der „Dichter und Denker“ vielfach übersehen, dass die Verbreitung von Erkenntniswissen in der Welt viel geringere Rückwirkungen auf die Lage und das Wohlergehen des Einzelnen hat als die Verbreitung von Produktions- und Vermarktungswissen. Recht zu geben ist deswegen auch dem Karlsruher Technikphilosophen Helmut F. Spinner, wonach " (...) mit Umbenennungen und Umbuchungen altbekannter sozialer, rechtlicher, technischer Realitäten (oder Fiktionen) es ebenso wenig getan (ist) wie mit dem banalen Hinweis, dass ohne den Informationsfaktor nichts mehr gehe"

[Spinner 1994: 59], weil solche begrifflichen Umbuchungen sogar die Minderheit von aktiven Optimisten ins rosarote Abseits drängen, von den passiven Abwartern gar nicht zu reden.

Alle Kulturen waren seit Tausenden von Jahren trotz all ihrer Verschiedenheit immer enger auf dem Weltmarkt vereint, so groß dessen Horizont eben jeweils gewesen sein möge. Heute ist die Welt unumkehrbar klein geworden, nicht zuletzt wegen der ubiquitären elektronischen Kommunikation und Information². Die verflochtene Weltwirtschaft und der Weltmarkt sind Fakten, eine gemeinsame Weltkultur ist – und dies muss gerade im Jahr des zweiten Versuchs eines UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft betont werden – im Rang einer eskapistischen Forderung. Die Informationsgesellschaft in Deutschland hat als Akteursarena - bei Lichte gleichsam wie ein Haus betrachtet - nur das Ladengeschoss der Wirtschaft, Wohnungen und Dach sind offensichtlich noch im Bau.

Wie fest allerdings dieses ökonomische Ladengeschoss gebaut sein möge, steht ebenfalls zur Diskussion. Denn die mittel- und langfristig bequeme Abgeklärtheit einer Gesellschaft wird - wie so oft - durch die Realität gestört. Da erklärt zum Beispiel ein großer internationaler Computer-Konzern, dass er unter anderem infolge einer konsequenten Informatisierung von internen Dienstleistungen und Prozessen Tausende von Arbeitsplätzen ins Ausland verlagert, weil keine feste Bindung an einen geographischen Standort mehr erforderlich sei. Bei der Betrachtung der verschiedenen ökonomischen Alternativen habe sich der Konzern für das bessere Preis-Leistungsverhältnis („bessere Rahmenbedingungen“) und damit gegen Deutschland entschieden. Obwohl genau dieses – die „geographische Ungebundenheit der Informationsarbeit“ - schon seit Jahrzehnten sowohl Tendenzbeschreibung [Bullinger 1998] als auch Empfehlung³ der einschlägigen Innovationspolitik war, so reagierten die Spitzenpolitiker doch verblüfft bis verschnupft: Solche Konzernherren seien doch vaterlandslose Gesellen und müssten spontan mindestens mit dem Entzug von Innovationsförderung („ab jetzt nur noch Mittelstandsförderung“) bestraft werden. Diese Politiker hatten sich unter „Informationsgesellschaft“ im ökonomischen Ladengeschoss natürlich immer eine absolute Flexibilisierung von Standorten vorgestellt, waren aber völlig überrascht, dass *andere* Standorte als die deutschen das „Wissen in den Köpfen der Menschen“ erfolgreicher auf den Markt bringen konnten. Verbal, jedoch nicht arithmetisch war die Politik offensichtlich schon vor 20 Jahren auf der Höhe, was

² das Global Village eines McLuhan ist längst Realität, wenngleich von selektivem Informationskonsum (Fenstergucken) und nicht von nachbarschaftlicher Interaktion geprägt

³ vgl. den Beitrag von Hans-Jörg Bullinger in diesem Band

die Regierungserklärung des damaligen SPD-Ministerpräsidenten des Saarlands deutlich machte: "Eine Technologiepolitik, die Rationalisierungseffekte nicht ausschließt, *weil sie diese nicht ausschließen kann und will*, kann unter gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten nur dann erfolgreich sein, wenn sie durch eine Politik der gerechten sozialen Verteilung ergänzt wird".⁴ Dass „Rationalisierungseffekte“ in volkswirtschaftlichem Maßstab keine zusätzlichen Verteilungsspielräume schaffen, sondern nach Adam Riese weniger Mittel zum – ob nun gerechten oder ungerechten - Verteilen generieren, mag als arithmetische Leistung sogar von Pisa-Versagern erwartet werden dürfen.

Alle Akteursgruppen rasonieren darob in immer wiederkehrenden Varianten über die „richtigen Rahmenbedingungen“. Im Wahlkampf des Herbstes 2005 wurde in der deutschen Politik immer deutlicher, dass die „Informationsgesellschaft“ eine wichtige Bedingung nicht erfüllt, nämlich die „informationelle“ Reparatur der industriegesellschaftlichen Verwerfungen, allen voran die strukturelle Arbeitslosigkeit. In der deutschen Bundespolitik wird deshalb die Frage, was denn eigentlich die „richtigen Rahmenbedingungen“ sind, im Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationstechnik nicht einmal mehr explizit im Kontext der von allen Parteien angestrebten „Innovationsoffensiven“ gestellt. Man muss wohl angesichts des dominierenden Themas „Arbeitsmarkt“ annehmen, dass die Unternehmen der ITK-Branche – ob Betreiber oder Hersteller – wegen des massiven Arbeitsplatzabbaus der alten Firmen bzw. wegen zu geringem Arbeitsplatzaufbaus der neuen Wettbewerber von der gesamten Politik mitsamt ihrem Anliegen erst einmal in die Ecke gestellt wurden. Ganz anders in Europa, wo der deutsche Industriekommissar Verheugen ein Papier vorstellte, das von „erheblicher Besorgnis“ auch im Sektor Informations- und Kommunikationstechnik für den Forschungs- und Entwicklungs-Standort Europa spricht.⁵

Auffällig ist in Deutschland, dass bei den Verbänden und Initiativen, die sich ansonsten um die Informationsgesellschaft kümmern, hierüber keine messbare Unruhe entsteht. Denn es geht doch um weit mehr als um eine bloße Erwähnung des Stichwortes in einer Regierungserklärung oder um die Forderung nach einem „Sonderbeauftragten für I&K im Bundeskanzleramt“, wie ihn der Branchenverband BITKOM forderte. Der gesellschaftliche Ruhebedarf, den man im ökonomischen Sinne mit Max Weber als „Berechenbarkeit“, und im sozialen Sinne mit „Vertrauen“ umschreiben könnte, wird neben dem (tatsächlich exakt kalkulierbaren) Alterspiz

⁴ Lafontaine 1987, S.2165, Hervorhebung von mir; dkl.

⁵ Brüssel plant Firness-Programm für Industrie – Verheugen fordert bessere Rahmenbedingungen, in: FTD-Kompakt, 5.10.2005, S. 5

durch diverse Rauchpilze am Tageshorizont jäh gestoppt: Ist das Grundgesetz nach fast 60 Jahren noch als Rahmen tragbar oder müssen Tageserfordernisse in normative neue Grenzlinien – etwa für die „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ - transponiert werden? War das umfassende Ökologiedenken samt dedizierter Partei ein reines Reichtumsphänomen, das wir uns nunmehr pragmatisch nicht mehr leisten können? Wie viele Terroranschläge übersteht eine kosmopolitische und/oder durch Billigtickets touristischer gewordene Welt ohne Rückkehr zu (elektronisch gesicherten) Stadttoren, hinter denen dann die „Stadtluft frei macht“? Lässt sich die Unterscheidung von „Optimismus und Pessimismus“ noch aufrecht erhalten, wenn erstmals in der abendländischen Menschheitsgeschichte einer kompletten Generation dräut, dass der Satz nicht mehr gilt, wonach es „die Enkel besser ausfechten“?

Und schließlich: Welche Bedingungen gelten im herrschenden Kontext als „Rahmenbedingungen“? Oder sind alle „gefühlten“ Bedingungen eben der Rahmen, innerhalb dessen mit den gleichermaßen überzeugend vorgebrachten Leitsprüchen „alles geht“ bzw. „alles geht nicht“ nur noch der unmittelbar empfundene Handlungsdruck Reflexe auslöst? Dies wäre fatal. Denn im allgemeinen Verständnis werden solche Reflexe, die sich nach der nächsten Stunde und über das Quartal hinaus vielleicht auch nach dem nächsten Jahr ausrichten, auf der individuellen wie der gesellschaftspolitischen Ebene als „Notstand“ angesehen. Einige Indizien – etwa der Zustand der Staatsfinanzen der kommenden Jahre 2006ff - sprechen für diese Interpretation eines „allgemeinen Notstands-Rahmens“. Wenn das Haus wirklich lichterloh brennt, ist ausschließlich Löschen angesagt, alles andere muss zurückstehen. Wenn es nur partiell brennt, kann und soll man hingegen den anderen Teil am besten gleich nachhaltig sichern und nicht zu warten.

Für die Gruppe der „Schlusssatzschnelleseer“: Ein Vernunftoptimismus für eine „gestaltbare“ Informationsgesellschaft ist unabdingbar, nur ein solcher vermag im Kant'schen Sinne einer „fleißigen Vernunft“ noch das „Wollen“ zu tragen. Nicht die sprichwörtliche Hoffnung, sondern der Wille stirbt zuletzt. Insofern ist Vernunftoptimismus⁶ der positive Gegenpol zu allen Varianten des Gedankensuizids, der sich hinter der Hedonisierung der gesellschaftlichen Diskussion verbirgt.

⁶ vgl. dazu vom Verfasser den erforderlichen Wandel von „wage zu wissen!“ in ein „verzage nicht zu wissen!“, in: [Baacke 2001: S.133]

Rahmenbedingungen in der Ökonomie

Der Begriff „Informationsgesellschaft“ ist – so klingt der Tenor seit 30 Jahren – wegen des technischen Fortschritts heute unabdingbar mit der „elektronischen“⁷ Information und Kommunikation verkoppelt, wobei dies zum einen auf die Herstellung von Informations- und Kommunikationstechnik (ITK) und das Betreiben von solchen technischen Systemen deutet, zum anderen auf das Anwenden der ITK in einer Volks- und Weltwirtschaft mit all ihren Betriebswirtschaften. Die „Mediengesellschaft“ eines McLuhan ist dabei eine mittlerweile durch milliardenfach knopfdrückende „Akzeptanz“ nicht mehr diskutierwürdige Teilmenge. Auch die „Computergesellschaft“ ist wegen des ubiquitären Einsatzes von Halbleiterchips in allen Produktions- und Lebensbereichen ein Teil der Informationsgesellschaft, wobei zum Beispiel beim Automobil eher über die „Telematik“ (also die Koppelung mit Kommunikations- oder Navigationsfunktionen) als zum Beispiel über die „elektronische Benzineinspritzung“ diskutiert wird. Insgesamt kann man definitorisch sagen, dass die in den Siebzigern und Achtzigern unter dem Begriff „Strukturwandel“ diskutierte „Elektronisierung der industriellen Produktion, der Produkte und Dienstleistungen“ nicht mehr im zentralen Fokus des „informationsgesellschaftlichen“ Paradigmas liegt. Der Fokus Mensch-Informationstechnik ist – trotz seines nur noch rudimentären Anspruchs auf Technikgestaltung und Technikfolgenabschätzung – weiterhin ein wichtiger Aspekt, die gesellschaftliche Diskussion über Gestaltung und Folgen hat sich jedoch schon seit Beginn der neunziger Jahre auf Technikgebiete wie Gentechnik, Biotechnik hin zum Dauerbrenner Energietechnik verschoben. Deutlich zurück gegangen ist die Schnittmenge von Informationsgesellschaft und Dienstleistungsgesellschaft. Während in den achtziger Jahren noch geradezu eine Gleichsetzung beider Begriffe erfolgte, und die neunziger Jahre sogar noch „Wissensingenieure“ als universelle Türöffner für neue Informationsdienstleistungen erträumten⁸, konzentrieren sich jetzt Untersuchungen zu innovativen ITK-Dienstleistungen eher auf die „virtuellen Betriebe“, die allerdings noch überwiegend nichts anderes sind als elektronische Tagelöhner oder Netz-Glücksritter.

Fakt ist, dass sich in Deutschland nach den Kommunikationstechnikstrategien der Siebziger, nach den Medienvermehrungsvisionen der Achtziger und den Multimedia-Anwendungsphantasien der Neunziger⁹ schon die

⁷ synonymisch wird hier allenthalben auch „digital“ attribuiert

⁸ Man hat den Wissensingenieur gewollt und den Spam-Versender bekommen.

⁹ hierzu mögen für die Siebziger [KtK 1976], für die Achtziger [IT 2000 1989] und für die Neunziger [Enquete 1998] stehen

technischen Infrastrukturen als „Rückgrat“ einer Informationsgesellschaft nicht aufbauen ließen, ganz zu schweigen von der erklärungsbedürftigen Abstinenz der Deutschen, ihre – im Ausland durchaus generell estimierten - Organisationsmodelle offensiv in der Europäisierung und Globalisierung zu vertreten. So hat Deutschland zum Beispiel in der Frequenzregulierung bei UMTS ein weder eigenständiges noch marktförderndes Modell zustande gebracht, sondern sich sogar eine weiter führende Konvergenz der Funkdienste hin zu einer Struktur von interoperablen „Weitbanddiensten“ verbaut¹⁰. Das TV-Koaxialkabelnetz, das vor 20 Jahren in regulativer, organisatorischer und nicht zuletzt technischer Hinsicht noch als gigantische Fehlinvestition von dilettierenden Medienpolitikern angesehen werden konnte, ist auch nach der Möglichkeit des technischen Upgrade als Spielball überforderter Wettbewerbspolitik kein Muster für andere Länder geworden, es müssen umgekehrt ausländische Modelle (und Investoren) herangezogen werden, um nicht eine Investitionsruine zu perpetuieren¹¹.

Nicht zuletzt für das nach Technik und Organisation dritte unabdingbare Element von Infrastrukturen, nämlich für die prospektive Gestaltung einer Enkulturation, hat Deutschland eine ihm durchaus zuzutrauende Vorreiterrolle bislang nicht eingeschlagen. Nicht nur die PISA-Ergebnisse, sondern auch zum Beispiel der absolute und prozentuale Rückstand bei den „Computer Skills“ mit der europäischen Prüfung des ECDL (Europäischer Computerführerschein)¹² weisen dies aus. Während andere Länder Europas diese „computer skills“ entweder mit Gratifikationen (Schweden) oder mit Berufseintrittsbedingungen (Ungarn) fördern, steht Deutschland wieder einmal in einer Sonderrolle da. Den ironischen Hinweis des Generalsekretärs des Österreichischen Computerverbands, dass auf Dauer weder in Österreich noch sonst wo in Europa das mit dem ECDL verbundene System der „Zwangsmitgliedschaft“ weiter ausgebaut werden könne, würde kein deutscher Vertreter der Bildungs-Glaubenskongregation auch nur andeutungsweise verstehen. Vielmehr herrscht hier der Glaube vor, dass die europäischen Nachbarn eben lernwilligere Individuen aufweisen. Nota bene: Die - ach so „intrinsisch motivierten“ - Nachbarn implementieren gut gelaunte Politiken der Subvention, des sanften Zwangs bis hin zu klaren Informatisierungsvorschriften, Deutschland hingegen ist nicht einmal mehr sicher, ob es dafür überhaupt irgendwelcher Politiken bedarf. Überwiegend meinen zum Beispiel Politiker, dass dies alles auf einer komplett marktliberalen EU-Ordnung im Markt gleichsam von alleine entstünde. Ausge-

¹⁰ Siehe den Beitrag von Matthias Kurth in diesem Band

¹¹ siehe den Beitrag von Berner/Hirschle/Langheinrich sowie Mahnke in diesem Band

¹² siehe www.ecdl.org

rechnet in Deutschland, wo in Preußen aus gutem Grund einstens der staatliche Schulzwang eingeführt wurde, glaubt man offensichtlich bis hinein in die Wirtschaft, dass nur einzelne Widerborstige sich gegen die „Informatisierung“ sträuben, dass die meisten Menschen aber von sich aus nach lebenslanger Wissensvermehrung streben.

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass die Ökonomie zwar die Anforderungen an berufliche Qualifikation als eine wichtige Rahmenbedingung ansieht, aber beispielsweise nicht zu sagen weiß, inwieweit „IT-Skills“ dafür unabdingbar sind. So beschreibt Hans-Jörg Bullinger, als erste der Rahmenbedingungen eine Kopplung von Technologie- und Dienstleistungsentwicklung, was „ohne Technologieeinsatz nicht denkbar“ sei, und meint weiter: „Produkte, die sich funktional und qualitativ immer ähnlicher werden, können über attraktive Dienstleistungen am Markt Wettbewerbsvorteile erringen und die Marktposition wesentlich stärken. Umgekehrt wirken neue Dienstleistungskonzepte oft als Impulsgeber für die Verbesserung oder die Neuentwicklung von Produkten“. Wenn Bullinger – als unser unstrittiger „Praeceptor Innovationis“ wie immer – Recht hat, dann müssen attraktive Dienstleister einerseits auch höchste ITK-Skills aufweisen und andererseits die Entwickler von ITK geradezu zwingen, neue ITK-Funktionalitäten und ITK-Produkte gestalterisch hervorzubringen. Positive Ausnahmen wie die der gesamten SAP AG, wo neue Dienstleistungen und neue Technik sich wechselseitig hochschaukeln, unterstreichen nur, dass eine solche Rückkopplung in der Breite der deutschen Ökonomie nicht der Regelfall ist. Ein ITK-Entwickler wartet hierzulande vergebens auf einen Dienstleister, der ihm etwas völlig Neues abverlangt. Umgekehrt wundert sich der ITK-Entwickler immer wieder, dass für eine von ihm erfundene neue technische Lösung partout noch kein Problem für einen neuen Dienstleister existiert. In anderen Worten: Den allgemeinen Rahmen gibt es immer wieder, die speziellen Bedingungen für einen solchen Rahmen aber sind nicht formuliert. So betrachtet, sind die allseits zitierten Rahmenbedingungen eine wolkige Leerformel.

Bilden reale Bedingungen einen Orientierungsrahmen?

Umgekehrt gibt es real existierende Bedingungen, die mit einiger Arbeit wenigstens einen Orientierungsrahmen schaffen können. Dies lässt sich am Beispiel Urheberrecht bzw. IPR ebenso kurz wie schmerzhaft darstellen. In der digitalisierten „konvergenten“ Welt ist der „Content“ auf einmal die wertvollste Ware. Wenn diese Ware – was offensichtlich der Fall ist - nicht

technisch vor dem Kopieren geschützt werden kann, müssen andere Mechanismen her, um diesen Markt prinzipiell zu bewahren. Hierfür bieten sich vier Strategien an:

1. Das Laissez-faire. Wenn ein Markt nicht zu erhalten ist, dann entfällt er eben. Medienkonzerne können sich wandeln und beispielsweise in neue Energien investieren. Autoren und Künstler können ihre Eitelkeiten auch in Blogs oder mithilfe selbstgepresster DVDs befriedigen. Softwarekonzerne können ja im Zuge von Spontan Gründungen versuchen, das Geld für die Programmiererkosten vorab zu bekommen, wenn es denn hinterher mit dem fertigen Produkt nicht mehr geht. Dies ist das sog. „Informatikermodell“.
2. Das Fiskalisieren. Sämtliche zum Empfang, Speicherung und Abspielen von Content erforderlichen Waren werden mit einer Content-Steuer belegt, aus deren Erträgen die Contentwirtschaft (vom Medienkonzern bis zum armen Poeten) gespeist wird. Das weiße DIN-A-4-Blatt würde demnach mit einer Abgabe von etwa 100 Prozent belastet, weil es zum Kopieren von Content geeignet ist. Wenn auf dem Blatt (der Festplatte, der DVD etc.) nachweislich neuer Content erzeugt wurde, kann die Contentsteuer erstattet werden. Dies ist das sog. „Steuerberatermodell“.
3. Die Governance. Alle Staaten der Welt sowie die Oberhäupter der großen Religionen beschließen feierlich, dass das entgeltfreie Kopieren von Content äußerst unfein, unethisch oder sogar eine Sünde ist. Raubkopierer werden nach Inkrafttreten einer UNESCO-Contentdeklaration von allen Menschen verachtet und gemieden. Dies ist das sog. „Heilandsmodell“.
4. Die Gestaltung. Mit einer Mischung aus sanktionsbewehrten Gesetzen, vertraglichen Bindungen der Akteure, ausgewogen dosierten Abgaben, Selbstregulierungen sowie gesellschaftspolitischer Aufsicht wird der Marktmechanismus im Contentbereich regulatorisch geordnet und an das gesellschaftliche Lebenserhaltungssystem angeschlossen. Dies ist das sog. „Durchwurstelmodell“.

Die zugespitzte Darstellung dieser Modelle mag beim ersten Lesen an Comedy gemahnen, man findet aber gerade Elemente der ersten drei Modelle tatsächlich in der Diskussion bei vielen Akteuren in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vor, die immer noch glauben, dass es doch ganz einfache Wege zur Informationsgesellschaft geben müsse¹³. Das wegen seines Zeit- und Energieaufwands und der damit verbundenen Mühseligkeit hier

¹³ Peter Glotz meinte dazu in seinem Gesprächskreis Politik und Medien zu Telekommunikationsmanagern spöttisch, es gäbe keinen „simple way to triple play“

„Durchwurstelmodell“ genannte Muster ist in Wirklichkeit der einzig gangbare Weg, für den sich herausragende Köpfe rund um das Urheber- und Medienrecht einsetzen, nicht zuletzt in diesem Band.

Und genau hier bildet sich ein Orientierungsrahmen für die Informationsgesellschaft, der trotz aller Volatilität dennoch das Berechenbarste ist, was in Aussicht steht. Allerdings muss diese Arbeit am notwendigen Orientierungsrahmen noch intensiviert werden. Sowohl auf der Seite der wissenschaftlichen Jurisprudenz, der Wettbewerbsökonomien als auch vor allem auf Seiten internationaler Akteure zur Erzeugung und Durchsetzung von Kontrollen und Sanktionen fällt in diesen Sektoren Arbeit an, die von den Unternehmen der Branche und dem öffentlichen Bereich bislang nicht nachhaltig finanziert ist. Die Unterstützung und Ausgestaltung von wissenschaftlichen und politischen Institutionen stellt sich als ebenso wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit dar wie die Schaffung von Chancengleichheit für die industriellen Akteure im globalen Wettbewerb. Es ist nun einmal ein Grundcharakteristikum der „Ware Information“, dass man sie nicht wie chinesische T-Shirts bis zur Klärung der wettbewerbsrechtlichen Lage vor der Reede warten lassen kann.

Klar muss sein, dass eine Gestaltung der Informationsgesellschaft Grenzen hat, die aus der schieren Komplexität erwachsen. Genau so wenig, wie sich auf dem Contentsektor eine akademische oder politische Wunderlösung ergeben wird, können die seit Jahren strittigen Fragen des Infrastrukturbaus (was die Breitbandnetze betrifft) und der Infrastrukturorganisation mit einem Federstrich gelöst werden. Hier bleibt nichts anderes, als das unternehmerische Ausprobieren im Markt, wie es im internationalen Bereich [Elixmann/Neumann in diesem Band] längst angefangen hat. Aber auch solche neuen Modelle, wie etwa die von Doeblin/Picot vorgeschlagenen Investitionsmodelle bedürfen der aktuellen Begleitung durch wissenschaftliche Analyse. Und eine solche Analyse kann nicht in einer Rückschau einer späteren Dissertation stattfinden, sondern muss unter dem laufenden Rad erfolgen. Hierfür gibt es weder zuständige Auftraggeber noch freie Budgets. Die Schaffung geeigneter Institutionen, die proaktive Gestaltung unterstützen können, ist eine Vorbedingung für die Schaffung des notwendigen Orientierungsrahmens für eine Informationsgesellschaft.

Literatur

- Baacke/Frech/Ruprecht [Hrsg.] Multimediale Lernwelten. Herausforderungen für die politische Bildung, Landeszentrale für Politische Bildung, Bad Urach 2001
- Bullinger, H.-J. (Hg.): Dienstleistung 2000plus - Zukunftsreport Dienstleistungen in Deutschland, Stuttgart 1998
- [Enquete 1998] Deutscher Bundestag, Enquete Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft. Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Abschlussbericht, Bonn 1998
- Greiffenhagen, Martin und Sylvia, Wertewandel, in: Breit, G./Schiele, S. (Hrsg.), Werte in der politischen Bildung, Schwalbach 2000
- [IT 2000 1989] BMFT/BMWi (Hg.), Zukunftskonzept Informationstechnik, Bonn, August 1989
- Kant, Immanuel, Die drei Kritiken, Stuttgart 1964
- KtK-Bericht: Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.), Bericht der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems, Telekommunikationsbericht, Bonn 1976
- Hack, Lothar, Vor Vollendung der Tatsachen, Die Rolle von Wissenschaft und Technologie in der dritten Phase der industriellen Revolution, Frankfurt/M. 1988
- Lafontaine 1987: Lafontaine, Oskar, Regierungserklärung zur "Forschungs- und Technologiepolitik" vor dem Landtag des Saarlandes am 06.05.1987, Protokoll der 36. Sitzung, S.2161-2169, Saarbrücken 1987
- Spinner, Helmut F., Die Wissensordnung. Ein Leitkonzept für die dritte Grundordnung des Informationszeitalters, Opladen 1994
- Detlef Borchers, 'Es gibt Inseln der Vernunft auf dieser Erde'. Joseph Weizenbaum zum 80. Geburtstag, in: c't 3/2003, S. 76: Computer und Gesellschaft